Informationen

<https://doi.org/10.1515/iwp-2019-0012>

Mengenentsäuerung – DIN 32701 veröffentlicht

Mit Erscheinen der ISO/TS 18344 „Effectiveness of paper deacidification processes“ hat die Internationale Organisation für Normung 2016 zahlreiche Neuerungen für die Verfahrensvalidierung und Routinekontrolle bei der Mengenentsäuerung eingeführt, die vor allem in Deutschland die Diskussion um die Kontrollen bei Entsäuerungsaufträgen neu belebt hat. Der neue Fokus auf die Alkaliereserve zusammen mit neuen Prüfverfahren wie dem Polymerisationsgrad der Cellulose als Indikator für die Wirksamkeit des Entsäuerungsverfahrens und der Definition eines neuen, ligninfreien Testpapiers hat zu einer intensiven Diskussion zwischen Bestandserhaltungsexperten aus Bibliotheken und Archiven auf der einen und den Anbietern von Entsäuerungsverfahren auf der anderen Seite geführt, wie eine verlässliche Überprüfung der Wirksamkeit bei der Entsäuerung durchgeführt werden kann. Die neu erschienene Norm DIN 32701 „Information und Dokumentation – Prüfung der Wirksamkeit von Mengenverfahren zur Papierentsäuerung anhand eines Testpapiers“ orientiert sich an der internationalen Technischen Spezifikation, viele Details wurden konkretisiert und stärker normiert. So wurde im Anhang A auch die Dokumentation der Verfahrensvalidierung und Routinekontrolle normiert, was die Auswertung, Interpretation und den Vergleich der Untersuchungsergebnisse zukünftig signifikant vereinfachen wird.

Mit der DIN 32701 stehen jetzt neue Möglichkeiten für die Verfahrensvalidierung und Routinekontrolle zur Verfügung, die, richtig angewandt, eine deutlich genauere Überprüfung von Entsäuerungsaufträgen ermöglichen und so einen wichtigen Baustein für die Durchführung von Qualitätskontrollen bei der Mengenentsäuerung liefern. Die Norm kann über den Beuth Verlag bezogen werden: <https://www.beuth.de/de/norm/din-32701/295547960>

EU verstärkt Maßnahmen gegen Desinformation

Die Europäische Union will mit Blick auf die Europawahl im Frühjahr 2019 und zum Schutz ihrer offenen, demokra-

tischen Systeme verstärkt gegen gezielte Beeinflussung und Falschinformationen vorgehen. Daher hat die EU-Kommission am 5. Dezember 2018 einen Aktionsplan zum Kampf gegen Desinformation vorgelegt. „Eine gesunde Demokratie basiert auf einer offenen, freien und fairen öffentlichen Debatte. Es ist unsere Pflicht, diesen Raum zu schützen und niemandem zu erlauben, Desinformationen zu verbreiten, die Hass, Spaltung und Misstrauen gegenüber der Demokratie schüren“, sagte die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini. Andrus Ansip, Vizepräsident und verantwortlich für den digitalen Binnenmarkt, sagte bei der Pressekonferenz zur Vorstellung des Aktionsplans, Russland sei der Hauptverantwortliche für Desinformation und gebe jährlich 1,1 Mrd. Euro für die Einflussnahme aus.

Der Aktionsplan legt konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformationen fest, einschließlich der Einrichtung eines Schnellwarnsystems und einer genauen Überwachung der Umsetzung des von den Online-Plattformen unterzeichneten Verhaltenskodex. Dazu zählen die Aufstockung der Mittel für die Task Force für strategische Kommunikation im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) von 1,9 Mill. Euro im Jahr 2018 auf 5 Mill. Euro im Jahr 2019. Zudem werden die EU-Delegationen in den Nachbarländern durch zusätzliches Fachpersonal und Instrumente zur Datenanalyse verstärkt. Die EU-Mitgliedstaaten sollten diese Maßnahmen ergänzen, indem sie ihre eigenen Mittel zur Bekämpfung von Desinformationen verstärken.

WTI-Frankfurt führt die Datenbank INFODATA weiter

Die Fachhochschule Potsdam hat aus finanziellen Gründen die Produktion der Datenbank INFODATA zum Ende des Jahres 2018 eingestellt. INFODATA ist eine zweisprachige (deutsch/englisch) Literaturdatenbank, in der Informationsquellen aus ca. zehn Ländern zum Thema „Informationswissenschaft“ gespeichert und strukturiert aufbereitet werden. Sie existiert seit 1976 und enthält inzwischen über 120.000 Einträge. Ihren Ursprung hatte sie im Dokumentationszentrum der Deutschen Gesellschaft für Dokumentation. Informationsquellen für INFODATA sind vorwiegend Zeitschriftenartikel, aber auch Bücher, Tagungsberichte, Hochschulschriften, Nachschlagewerke, Thesauri, Bibliographien und Normen. Inhaltlich erschlossen sind die In-

formationsquellen mittels der INFODATA-Fachordnung und Deskriptoren aus dem INFODATA-Thesaurus sowie einem Abstract.

Seit 1. Januar 2019 wird die INFODATA von WTI-Frankfurt produziert und als Fachdatenbank in der TEMA® – Technik und Management angeboten. Sigrid Riedel von WTI-Frankfurt meint dazu: „Wir freuen uns, damit eine weitere Literaturdatenbank vor einem Leben als Archiv bewahrt zu haben und allen Suchenden das aktuelle Wissen zu den Themen Informationswissenschaft und Wissensmanagement weiter anbieten zu können.“ WTI-Frankfurt bietet an, die Datenbank für eine Woche zum Preis von nur 6 Euro zzgl. Umsatzsteuer zu testen. Zum Themenpaket INFODATA geht es mit <https://www.wti-frankfurt.de/de/themenpakete/pakete-und-datenbanken>.

Kontakt: WTI-Frankfurt eG, Ferdinand-Happ-Straße 32, 60314 Frankfurt am Main. Telefon: +49 69 4308-0, Telefax: +49 69 4308-200, www.wti-frankfurt.de

Leibniz-Einrichtungen FIZ Karlsruhe, ZPID, TIB und DIPF positiv evaluiert

Alle Leibniz-Einrichtungen werden regelmäßig, zumeist alle sieben Jahre, extern evaluiert. Internationale Expertinnen und Experten prüfen durch schriftliche Unterlagen und Evaluierungsbesuche die Leistungen und Strukturen jeder Einrichtung. Sie werden in einem Bewertungsbericht festgehalten. Auf der Grundlage der Ergebnisse, zu denen die evaluierten Institute Stellung nehmen können, verabschiedet der Senat der Leibniz-Gemeinschaft eine wissenschaftspolitische Stellungnahme, die der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK) zur Überprüfung der Fördervoraussetzungen dient.

Bereits im Juli 2018 hat der Senat der Leibniz-Gemeinschaft die Evaluierung von FIZ Karlsruhe mit einer positiven Stellungnahme abgeschlossen. Ein großes Zukunftspotenzial wird den strategischen Planungen zugebilligt. Ausdrücklich begrüßt werden der Ausbau der Forschung, der Paradigmenwechsel hin zu mehr Open-Access- und Open-Source-Produkten ebenso wie die inhaltliche Erweiterung in Richtung Geisteswissenschaften mit dem Themenkomplex des kulturellen Erbes.

Ende 2018 wurden auch das TIB–Leibniz-Informationszentrum Technik und Naturwissenschaften, das DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation, Frankfurt am Main und Berlin sowie das ZPID–Leibniz-Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation evaluiert. Aufgrund der überzeugenden Resultate hat sich der Leibniz-Senat für die Empfehlung zur

weiteren Förderung aller genannten Einrichtungen ausgesprochen.

Für die TIB wird der gelungene Transformationsprozess von klassischer Bibliothek zu digitalem Informationszentrum, die systematische Bestandserweiterung durch audiovisuelle Medien, Forschungsdaten und wissenschaftliche Software sowie die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten hervorgehoben. Auch für das ZPID wurde die verstärkte Konzentration auf digitale Dienste, wie dem intensiv genutzten zentralen Angebot, der Referenzdatenbank PSYINDEX, und der Ausweitung der eigenen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten positiv bewertet.

Das DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation verbinde wissenschaftliche Dienstleistungs- und Forschungsinfrastrukturaufgaben sehr überzeugend mit eigenen Forschungen und einem Transfer in Bildungspraxis und -politik. Der Arbeitsschwerpunkt liege in der Bildungsinformation, die verschiedene bibliothekarische, archivarische und informationswissenschaftliche Angebote umfasse. Hervorgehoben wurde die positive Entwicklung des Instituts seit der letzten Evaluierung 2012.

Berufsbegleitender Studiengang Digitales Datenmanagement ab Sommersemester 2019

Die Humboldt-Universität zu Berlin und die FH Potsdam haben gemeinsam unter der Leitung von Prof. Dr. Heike Neuroth (FH Potsdam) und Prof. Vivien Petras, PhD (HU Berlin) den Masterstudiengang Digitales Datenmanagement entwickelt. Vorbehaltlich der Genehmigungen durch die zuständigen Landesbehörden werden die ersten Studierenden im Frühjahr 2019 immatrikuliert. Der weiterbildende und berufsbegleitende Studiengang umfasst 120 ECTS-Leistungspunkte, die nach dem Konzept des Blended Learning, unterstützt durch eine Lernplattform, absolviert werden können. Die Selbststudienphasen werden durch insgesamt vier jeweils zweitägige Präsenzen pro Semester ergänzt, die abwechselnd in Berlin und Potsdam stattfinden.

Zielgruppe sind Personen aus Wissenschaft, Forschung, Kultur und Wirtschaft, die ihre Kenntnisse im Umgang mit Informations- und Forschungsinfrastrukturen vertiefen möchten. Die Studierenden befassen sich mit den komplexen Rahmenbedingungen und erwerben analytische und praktische Kompetenzen für die Weiterentwicklung von Informationssystemen zur Unterstützung des digitalen Datenmanagements. Je nach individueller Per-

spektivplanung können die Module und Modulkurse auch einzeln gebucht und mit einem Zertifikat der beiden Hochschulen abgeschlossen werden. Zulassungsbedingung ist der Abschluss eines ersten Studiums mit 180 ECTS-Leistungspunkten sowie der Nachweis einer mindestens einjährigen Berufspraxis. Weitere Informationen zu Inhalten, Ablauf und Konditionen des Studiums gibt es unter <http://www.ddm-master.de/>.

Bedarf an Weiterbildungen zu Digitalthemen steigt

Eine gemeinsame Studie des TÜV-Verbands und des Digitalverbands Bitkom hat ergeben, dass fast zwei Drittel aller Unternehmen (63 %) ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Digitalthemen weiterbilden. Dies ist fast eine Verdoppelung (2016: 36 %) zu vor zwei Jahren. Vier von fünf Befragten (78 %) denken, dass digitale Kompetenzen genauso wichtig werden wie fachliche oder soziale Kompetenzen, 18 Prozent sehen sogar darin die wichtigste Fähigkeit von Arbeitnehmern für die Zukunft. Klar ist auch nahezu allen, dass in diesem Zusammenhang lebenslanges Lernen immer wichtiger wird (99 %). Schule, Ausbildung und Studium müssen heute durch regelmäßige Fortbildungen ergänzt werden (95 %). Im Schnitt können Beschäftigte jährlich 2,3 Arbeitstage für Weiterbildungen aller Art nutzen. Dafür stehen jedem Mitarbeiter durchschnittlich 709 Euro zur Verfügung. Aber: Jedes fünfte Unternehmen bildet gar nicht weiter (21 %). Interessant ist auch, dass die Mehrheit (57 %) der Unternehmen keine Strategie für die Vermittlung digitaler Kompetenzen hat. Auch bei den Lernmethoden gibt es keine klare Position. Zwar sind acht von zehn Unternehmen (79 %) gegenüber E-Learning aufgeschlossen. Allerdings nutzt nur jedes dritte Unternehmen (32 %) solche Angebote.

Aus Sicht von Bitkom und TÜV-Verband sollten Unternehmen eine Weiterbildungskultur etablieren, und zwar auf Grundlage einer Weiterbildungsstrategie rund um digitale Kompetenzen und die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel. Neben stärkeren Anstrengungen der Wirtschaft könne die Politik die betriebliche Weiterbildung gezielt fördern. Vier von fünf Unternehmen fordern steuerliche Vergünstigungen für Weiterbildungsausgaben (81 %). Zudem sollten Ausgaben für Schulungen auch für die Beschäftigten ohne Höchstgrenze steuerlich absetzbar sein (73 %) und neue Modelle wie das so genannte Bildungssparen staatlich gefördert werden (59 %). Außerdem wird vorgeschlagen, in den Bundesländern Kompetenz-

zentren für digitale Weiterbildung und Arbeit 4.0 einzurichten. Weitere Informationen sowie die Studie sind abrufbar unter <https://www.vdtuev.de/news/weiterbildung-zu-digitalthemen-boomt/>.

Schnelles Internet und Informatik als Pflichtfach gefordert

Eine repräsentative Bevölkerungsumfrage der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) hat ergeben, dass die überwältigende Mehrheit (91 %) der deutschen Bundesbürger schnelles Internet an Schulen und Universitäten als Standard der Bildung in Deutschland ansehen. Zudem sollte Informatik schon ab der fünften Schulklasse ein Pflichtfach sein, um Kinder für den technologischen Wandel auf dem Arbeitsmarkt vorzubereiten (82 %). Ein großer Teil der Bundesbürger ist der Meinung, dass Kinder in deutschen Schulen nur unzureichend auf neue technologische Entwicklungen vorbereitet werden. Dabei ist der Anteil der positiven Wertungen unter den 18- bis 29-jährigen Befragten mit 45 Prozent deutlich über dem Durchschnitt, denn mit dem Alter der Befragten sinkt der Grad der Zustimmung. Den Stand der digitalen Bildung von jungen Erwachsenen sehen die Befragten nur geringfügig positiver als bei Schulkindern. So meinen 34 Prozent der Befragten, dass Berufsanfänger heute „sehr gut“ (5 %) und „eher gut“ (29 %) auf die Herausforderungen der Digitalisierung auf dem Arbeitsmarkt vorbereitet werden. Ähnlich wie schon zuvor hängt auch hier die Zustimmung vom Alter der Befragten ab: Je jünger, desto positiver. Die Mehrheit ist aber der Meinung, dass die digitale Bildung der technologischen Entwicklung hinterhinkt. Die Defizite lassen sich, nach 49 Prozent „voll und ganz“ und nach 42 Prozent der Befragten „eher“, mit mehr Investitionen in die IT-Ausstattung von Bildungseinrichtungen beheben. Zudem müsste die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften in Bezug auf Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und andere Technologien intensiviert werden, meinen neun von zehn Befragten. 82 Prozent der Bundesbürger befürchten, dass Deutschland durch das föderale System und durch die damit einhergehenden länderspezifischen Lehrpläne bei der Digitalisierung den Anschluss verliert. Deshalb sollte – nach dem Willen der großen Mehrheit der Befragten – der Bund seinen Einfluss auf die Bildung in den einzelnen Bundesländern erhöhen. Hauptverantwortlich für digitale Bildung von Berufsanfängern sind in absteigender Reihenfolge die Unternehmen (37 %), der klassische Bildungssektor (34 %), die Politik (18 %) sowie die Berufseinsteiger selbst und deren Erzie-

hungsberechtigte (11 %). Dieses Ergebnis lässt sich nach den jeweils erreichten höchsten Bildungsabschlüssen der Befragten differenzieren: Während die Befragten ohne oder nur mit geringem Bildungsabschluss vornehmlich die Unternehmen in der Hauptverantwortung sahen (48 %), machten die Akademiker unter den Befragten in der Hauptsache den Bildungssektor (44 %) verantwortlich. Zur PwC- Bevölkerungsbefragung „Künstliche Intelligenz- Disruption in der Bildung“: <https://www.pwc.de/de/digitale-transformation/kuenstliche-intelligenz/pwc-bevoelkerungsumfrage-ki-disruption-in-der-bildung.pdf>

88. Deutscher Archivtag in Rostock

„Verlässlich, richtig, echt – Demokratie braucht Archive!“

Die frische Brise, welche die gut 600 Teilnehmenden des jährlichen Archivtags in Rostock empfing, war charakteristisch auch für seine Inhalte. Fortbildungsveranstaltungen zu aktuellen Themen waren dem eigentlichen Programm vorgeschaltet, sie vertieften Kenntnisse im Bereich der Bewertung der Archivwürdigkeit von Schriftgut und seiner Digitalisierung sowie dem Umgang mit digitalen Akten bis hin zum Import in das Archivportal D. So wurde auch die Einbindung von Normdaten der bibliothekarisch orientierten GND bei der Verzeichnung von Archivalien thematisiert, ebenso die mögliche Integration archivfachlicher Interessen in diese inzwischen ausgereifte Gemeinsame Normdatei der Bibliotheken. Das neue Veranstaltungsformat #archivcamp bot offenen Diskussionsraum für spontane oder spezielle Interessen schon vor Beginn des Tagungsprogramms, schuf gruppendynamisch Denkanstöße und verbindenden Gesprächsstoff zu Fragestellungen, etwa wie in der Archivpädagogik neue Wege gefunden werden können, der Rolle von Big Data im Archivbereich oder zum Wandel des Berufsbildes.

Das wie immer dicht und informativ gepackte Dreitages-Programm stand unter dem Motto „Verlässlich, richtig, echt – Demokratie braucht Archive!“ Passend zum Thema sprach Grünen-Politiker Christian Ströbele im Eröffnungsvortrag über Geheimdienstakten – und den Zugang zu ihnen. Transparenz war ein zentrales Thema der Fachtagung, bei Fragen der Bewertung von Schriftgut und damit der Bestandsbildung, die erweiterte Erschließung für Laien, und der Beitrag der Archive zur historischen Bildungsarbeit. Die traditionelle Ausstellermesse ARCHIVISTICA zeigte die Spanne der Dienstleistungen für den Bereich Archivwesen auf – die Digitalisierung analoger Dokumente, aber auch die adäquate Aufbewahrung von Archivalien.

In den Veranstaltungen der Fachgruppen standen Berichte zu aktuellen Projekten im Vordergrund – im Umfeld der staatlichen und kommunalen Archive, von Kirchen- und Adelsarchiven, den Wirtschafts-, Medien- und Hochschularchiven. Der Bezug auf die jeweiligen Archivalien, egal ob in analoger oder digitaler Form, bildet eine gemeinsame Basis. Dies ist ein nicht zu unterschätzendes Bindeglied für die Archivarinnen und Archivare bundesweit. Denn die spartenbezogene Diskussion fördert die Zusammenarbeit, liefert aber auch innerhalb des umfangreichen Archivtags Struktur. Deutlich ist aber auch, dass die Ausbildungsinstitutionen – sei es für Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste im Archivbereich, für Diplom-Archivare oder Absolventen der Archivschule Marburg – die Vernetzung im sozialen Bereich unterstützen.

Wie immer wird in wenigen Monaten ein gedruckter, gebundener Tagungsband vorliegen, der den bereits erreichten Stand der Digitalisierung von Archivbeständen einerseits bzw. den Umgang mit den genuin digitalen Akten in den vielen Einzelprojekten dokumentiert.

Barbara Müller-Heiden
mueller-heiden@web.de